Nichtigerklärung des Patentamtes zu richten. In der Begründung sind die Tatsachen anzugeben, auf die der Antrag gestützt wird. § 24 Abs. 2 Sätze 3 und 4 finden entsprechend Anwendung.

(2) Hat der Antragsteller in der Deutschen Demokratischen Republik weder Sitz noch Wohnsitz, so hat er dem Antragsgegner auf dessen Verlangen Sicherheit wegen der Kosten des Verfahrens zu leisten. Die Höhe und die Frist der Sicherheitsleistung werden von der Spruchstelle für Nichtigerklärung des Patentamtes festgesetzt. Wird diese Frist versäumt, so gilt der gestellte Antrag als zurückgenommen.

527

Nichtigerklärungsverfahren

(1) Das Nichtigerklärungsverfahren gemäß § 21 des Patentgesetzes wird eingeleitet, nachdem der Antragsteller bei einem Wirtschaftspatent die Erfinder und den Ursprungsbetrieb, bei einem Ausschließungspatent den Patentinhaber (Antragsgegner) unter angemessener Fristsetzung und Bezeichnung des Materials, das dem Patent nach Auffassung des Antragstellers entgegensteht, ohne Erfolg zum Verzicht auf das Patent und das Geltendmachen von Rechten daraus bzw. — bei beantragter teilweiser Nichtigerklärung — zur Patentberichtigung aufgefordert hat.

(2) Nach der Einleitung des Verfahrens teilt die Spruchstelle dem Antragsgegner den Antrag mit und fordert ihn auf, innerhalb von 2 Monaten dazu Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme teilt die Spruchstelle dem Antragsteller mit.

(3) Erfolgt die Stellungnahme des Antragsgegners nicht rechtzeitig, so kann die Spruchstelle ohne Ladung und Anhörung der Beteiligten sofort auf der Grundlage des Antrages entscheiden und dabei jede vom Antragsteller behauptete Tatsache als erwiesen annehmen.

(4) In den Nichtigerklärungsverfahren kann die Spruchstelle von Amts wegen Tatsachen berücksichtigen, die der Antragsteller nicht genannt hat.

(5) Wird der Antrag auf Nichtigerklärung zurückgenommen, so kann die Spruchstelle das Verfahren von Amts wegen fortsetzen.

(6) Wird ein Patent ganz oder teilweise für nichtig erklärt, so ist dies nach der Rechtswirksamkeit der Entscheidung, in das Patentregister einzutragen.

528

Folgen der Nichtzahlung von Gebühren

(1) Wird eine in der Gebührenordnung festgelegte Gebühr nicht zusammen mit dem gestellten Antrag oder der anderen gebührenpflichtigen Rechtshandlung oder zu dem in einer Zahlungsaufforderung festgelegten Zeitpunkt gezahlt, dann gilt der gestellte Antrag als nicht gestellt oder die andere Rechtshandlung, die die Gebühr betrifft, als nicht vorgenommen.

(2) Wird ein in der Gebührenordnung festgelegter Kostenbeitrag nicht zu dem in der Zahlungsaufforderung festgelegten Zeitpunkt gezahlt, dann nimmt das Patentamt die Handlung, auf die er sich bezieht, nicht vor. Das Patentamt kann den Kostenbeitrag auch auf der Grundlage spezieller Rechtsvorschriften einziehen.

(3) Bei einer Zahlungsaufforderung ist auf die mit der Nichtzahlung einer Gebühr oder eines Kostenbeitrages verbundenen Rechtsfolgen hinzuweisen.

(4) Der Abs. 1 findet keine Anwendung, wenn in einem Verfahren vor dem Patentamt eine zulässige Beschwerde oder Berufung eingelegt wurde und die Gebühr in solchen Fällen nicht gezahlt wird, in denen der angefochtene Beschluß auf einem Verfahrensmangel beruht, der es rechtfertigen würde, ihn aufzuheben und die Rückzahlung der gezahlten Gebühr anzuordnen.

§29

Ordnungsstrafbestimmungen

(1) Wer vorsätzlich als Leiter eines sozialistischen Betriebes oder als Leiter eines Büros für Schutzrechte trotz einer Aufforderung gemäß § 12 Abs. 3 Anmeldeunterlagen nicht vollständig oder nicht den gesetzlichen Erfordernissen entsprechend einreicht, die im § 13 und im § 19 Abs. 1 festgelegten Pflichten im Verfahren vor dem Patentamt nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllt oder gesetzlich festgelegte Kostenbeiträge im Verfahren vor dem Patentamt wiederholt nicht zahlt, kann mit Verweis oder mit einer Ordnungsstrafe von 10 M bis 500 M belegt werden.

(2) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt dem Vizepräsidenten des Patentamtes.

(3) Für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten - OWG - (GBl. I Nr. 3 S. 101).

530

Schlußbestimmungen

(1) Diese Anordnung tritt mit Ausnahme des § 29 am 1. Januar 1984 in Kraft. Der §29 tritt 1 Monat nach Veröffentlichung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Anordnung vom 2. November 1956 über Zustellungen des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen (GBl. II Nr. 45 S. 380) außer Kraft.

Berlin, den 10. November 1983

Der Präsident des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen

Prof. Dr. H e m m e r l i n g

Vierte Durchführungsbestimmung¹ zur Schutzrechtsverordnung — Materielle Anerkennung der Erfinder bei der Anmeldung von Patenten in anderen Staaten — vom 15. November 1983

Aufgrund des § 19 Abs. 1 der Schutzrechtsverordnung vom 31. Januar 1980 (GBl. I Nr. 7 S. 49) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zentralen Staatsorgane folgendes bestimmt:

Zu § 12 der Verordnung:

§ 1

(1) Wird gemäß § 12 der Schutzrechtsverordnung und gemäß § 4 Abs. 4 des Patentgesetzes vom 27. Oktober 1983 (GBl. I Nr. 29 S. 284) für eine Erfindung außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik eine Patentanmeldung auf den Namen des volkseigenen Kombinats^{3 4 1 2} oder Kombinatbetriebes vorgenommen, dann erhalten die Erfinder eine materielle Anerkennung.

(2) Die Höhe der materiellen Anerkennung wird vom Generaldirektor des Kombinats oder vom Direktor des Kombinatbetriebes unter Berücksichtigung der Bedeutung der Erfindung für den Export und der Aktivitäten der Erfinder bei der Durchführung der betrieblichen Maßnahmen zur Vorbereitung der Patentanmeldung festgesetzt. Sie kann — unabhängig von der Anzahl der für eine Erfindung in anderen Ländern

¹ 3. DB vom 2. März 1978 (GBl. I Nr. 7 S. 102)

² Nach § 1 Abs. 1 der Schutzrechtsverordnung gelten die für die volkseigenen Kombinate festgelegten Aufgaben, Rechte und Pflichten entsprechend auch für Betriebe, die keinem Kombinat angehören, für wissenschaftliche und andere Einrichtungen sowie für Genossenschaften.